des Kaisers darlegte, ungenügend fanden, trotzdem aber bedingungsweise erklärten, das künftige Cabinet unterstützen zu wollen. Coetwees stellte als Bedingung die Befolgung der nationalen Politik, während Apponyi seine Bedingungen klarer faßte und als solche lediglich eine liberale Politik auf kirchlichem Gebiete aufstellte. Man betrachtet diese Kundgebung als Vorläufer einer Versöhnung der Regierungspartei mit Apponyi. Von der für gestern Abend anberaumten Versammlung der liberalen Partei erwartete man, daß sie nahezu einstimmig sehr entschieden Stellung nehmen werde für Einführung der obligatorischen Civilehe, Aufhebung des Gesetzes vom Jahre 1868 über die Kinder aus Mischehen und Erschwerung der Ehescheidung. Nach dieser Conferenz wollen sich Szell, Tißza und Minister Wekerle nach Wien begeben, die sich sämmtlich in diesem Sinne vor dem Kaiser äußern dürften. Da die Krone derzeit die Opposition nicht anhören will, besteht die größte Wahrscheinlichkeit, daß dieses Programm durchdringt und auf solcher Grundlage ein neues Ministerium mit Wekerle an der Spitze gebildet wird.

Nächst Frankreich bietet gegenwärtig Belgien das beklagenswerthe Schauspiel schwerer innerer socialer Kämpfe, die fast schon bis zur offenen Revolution sich entwickelt haben. In Brüssel umtanzte der von Schnaps und Hetzphrasen betrunkene Janhagel, die Marseillaise brüllend, den zum Parlamentsgebäude fahrenden Wagen des Königs. Das belgische Proletariat brennt vor Begier, es seinen französischen Brüdern gleichzuthun, wo nicht sie zu überholen. Sein Sinn steht nach Erlangung des allgemeinen Stimmrechtes, sei es im Guten oder mit Gewalt. Noch zögert man an maßgebender Seelle, vor den Drohungen der Straße zurückzuweichen, in dem sehr richtigen Gefühl, daß der die gierigen Fluthen beschränkende Damm der Autorität nur so lange seiner Aufgabe gewachsen bleibt, als er seine Integrität zu behaupten vermag. Eine noch so geringfügige Undichtigkeit, und die Katastrophe eines Dammbruches bricht mit elementarer Gewalt über Monarchie und Volk herein. Welcher Art die Unruhen und Excesse waren, deren Schauplatz am Dienstag die belgische Hauptstadt war, davon legt das nachstehende Telegramm aus Brüssel von gestern Zeugniß ab:

Die Artillerie besetzte gestern Abend die Börse. Die vierte Abtheilung bivakirte vor dem Stadthause, der Börse, dem Palais der schönen Künste und vor Bourghall. Die berittene Bürgergarde hatte den Patrouillendienst übernommen. Die gesammte Garnison und die Gendarmerie war zusammengezogen, ebenso die Polizei. Nach Schluß der Abendversammlung, von 8 Uhr ab, durchzogen zahlreiche Züge von Manifestanten, 1000 bis 8000 Mann stark, die Hauptstraßen der Stadt, indem sie gegen das Palaisviertel vordrangen. Eine Colonne von 6000 Mann war in die verbotene Zone eingedrungen, manifestirte und pfiff vor dem Ministerium des Innern; sie warf die sie angreifende Polizei zurück und zog weiter vor das Finanzministerium. Nach Abzug der Menge besetzte Artillerie und Gendarmerie den Place du Palais. Bürgergarde sperrte die Zugänge zur Kammer ab. Zwei andere Manifestantenzüge versuchten die Polizeiketten hinter den Ministerien zu durchbrechen. Es entstand ein Handgemenge, während dessen die Menge die Verhafteten zu befreien suchte. Die Polizei wurde mit Steinen geworfen. Berittene Gendarmerie warf die Demonstrirenden zurück. Die Zahl der Verwundeten ist unbekannt, 7 Verhaftungen sind vorgenommen worden. Artillerie hielt die Rue de la Loi besetzt. Trotzdem fanden Aufzüge vor dem Kriegsministerium statt, die Theilnehmer durchzogen die Königstraße, stellten sich vor der Artillerie auf und sangen die Marseillaise, worauf sie weiterzogen; hierbei wurden Verhaftungen nicht vorgenommen. Gegen 10 Uhr Abends gelang es den Manifestanten, den Cordon der Bürgergarde zu durchbrechen und bis zu dem königlichen Schloß vorzudringen. Die berittene Gendarmerie zerstreute jedoch mit blanker Waffe die Demonstranten, welche nach allen Seiten auseinanderflohen. Der Lärm war unbeschreiblich. Mehrere Manifestanten wurden schwer verwundet in benachbarte Cafés getragen. Gegen Mitternacht war die Ruhe überall wieder hergestellt.

Es besteht heute kein Zweifel mehr, daß die demokratische Partei in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit ihrem Candidaten Cleveland bei der Präsidentschaftswahl glänzend gesiegt hat. Nach einem Telegramm aus New-York von gestern Abend ist dieser Sieg noch bedeutender, als man gestern annehmen konnte, indem auf Cleveland 277, auf Harrison 135 und auf den Candidaten der liberalen Volks- oder der Farmerpartei, die in Betreff der Zoll-Tariffrage mit den Demokraten ohne Zweifel stimmen wird, 32 Stimmen gefallen sind. Grover Cleveland, auf welchen sich zum zweiten Mal die Mehrheit der Stimmen des amerikanischen Volkes vereinigt hat und der als 24. Präsident am 4. März 1893 in das Weiße Haus einziehen wird, ist jetzt 55 Jahre alt und noch voll Lebenslust und Thatkraft. Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß ein Mann, der bereits Präsident gewesen und dann durchgefallen ist, doch noch einmal zum Präsidenten gewählt wird. Der Umschwung in der Stimmung des Volkes geht am deutlichsten aus den Wahlergebnissen der beiden letzten Präsidentenwahlen hervor: am 4. November 1884 fielen auf Cleveland und Thomas Andrew Hendricks 219 Electoral-Stimmen, während die republikanische Partei für Blaine nur 183 Electoren durchsetzte. Damals betrug die Mehrheit Cleveland's in dem ausschlaggebenden Staate New-York nur 1147 Stimmen, jetzt hat er dort eine solche von ungefähr 100 000! Weil aber Cleveland als Präsident die Begehrlichkeit seiner eigenen Partei zu zügeln und der Verschwendung der durch die Schutzzölle über Bedürfniß angefüllten Staatseinnahmen zu steuern suchte — wir erinnern nur an sein Veto gegen die Pensions-Bill vom Jahre 1887 —, machte er sich viele Feindschaften, und als er, trotzdem er eine Milderung des Hochschutzzollsystems empfohlen hatte, wieder als Präsidentschaftscandidat aufgestellt worden war, wurden für ihn bei der Wahl am 6. November 1888 nur 162 Electoren gewählt, während General Harrison deren 239 erhielt. Aus dieser republikanischen Mehrheit von 77 Stimmen ist nun eine demokratische Majorität von 54 Stimmen geworden, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß die Zahl der Electoren mittlerweile von 401 auf 444 vermehrt worden ist. Immerhin ein gewaltiger Umschwung, welcher zu nicht geringem Theil der Persönlichkeit Grover Cleveland's zugeschrieben werden muß, der mit Klugheit und Festigkeit seine Partei zur Erkenntniß der Fehler und Schwächen der hochschutzzöllnerischen Politik geführt hat. — Eine weitere erfreuliche Meldung von heute aus New-York lautet dahin, daß es nunmehr auch gelungen ist, im Senat eine kleine demokratische oder antischutzzöllnerische Mehrheit herzustellen. Nach den letzten Abstimmungs-Ergebnissen wird der Senat aus 45 Demokraten, 38 Republikanern und 5 Volksparteilern bestehen. Wenn auch eine radicale Reform der Zollgesetze vor der Hand noch unmöglich sein dürfte, so kann doch bestimmt angenommen werden, daß eine Herabsetzung der Zölle für eine Reihe von Artikeln erfolgen wird.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 10. November. Ueber die Behandlung und das Geschick der Militairvorlage im Bundesrathe, wie über das mit diesem Entwurfe in unlösbarem Zusammenhange stehende Reichssteuerproject tauchen fortwährend die verschiedensten Gerüchte auf, die auf ihre Zuverlässigkeit nur schwer geprüft werden können. Die neueste, wie es scheint, auf officiöse Quellen zurückzuführende Lesart lautet: „Die Militairvorlage oder genauer der Bericht der zuständigen Ausschüsse über sie stand am letzten Donnerstag auf der Tagesordnung der Plenarsitzung des Bundesrathes. Die Angaben über das Ergebniß der Berathung haben bisher geschwankt; man wußte nicht recht, ob die Vorlage beschlossen und der Beschluß geheim gehalten oder es und aus welchen Gründen sie von der Tagesordnung wieder abgesetzt worden sei. Neuerdings heißt es sogar, es möchten sich wohl materielle Schwierigkeiten ergeben haben. Wie wir von bestunterrichteter Seite erfahren, liegt die Sache einfach wie folgt: Die Ausschüsse haben den Text des Entwurfs völlig unberührt gelassen und empfehlen dem Plenum die volle Genehmigung; dagegen schlagen sie verschiedene Aenderungen in der Begründung des Entwurfs vor. Einige Bevollmächtigte wünschten dazu noch Instruction ihrer Regierungen einzuholen. Deshalb, und weil die Erledigung des Entwurfs gar keine Eile (?) hat, wurde die endgiltige Beschlußfassung verschoben. Die ganze Sache hat, worüber in Bundesrathskreisen selbst nicht der mindeste Zweifel besteht, eine rein formale Bedeutung. Die Nachricht, daß beabsichtigt sei, unmittelbar nach dem entscheidenden Beschluß des Bundesraths die ganze Vorlage zu veröffentlichen, ist völlig unbegründet. Die Vorlage soll erst mit der Einbringung in den Reichstag am 22. oder 23. November der Oeffentlichkeit übergeben werden. Was die finanziellen Entwürfe zur Deckung der durch die Militairvorlage bedingten Mehrausgaben betrifft, so besteht nach wie vor die bestimmte Aussicht, daß sie bis Weihnachten fertig sein werden. Wie uns neuerdings bestätigt wird, sind von süddeutscher Seite Bedenken gegen die Verringerung des Unterschiedes in den beiden Sätzen der Verbrauchsabgabe — 50 ℳ für das Hektoliter der contingentirten Menge und 70 ℳ für das Mehrerzeugniß — geltend gemacht worden. Man hat nichts gegen die Erhöhung des niedrigeren Satzes von 50 auf 55 ℳ, wünscht dann aber auch eine Erhöhung des höheren Satzes 70 auf 75 ℳ, damit den Brennern der aus dem bisherigen Unterschiede von 20 ℳ entstehende Vortheil ganz erhalten werde. Es wird nicht schwer sein, das Bedenken, das im Interesse der fast nur kleineren süddeutschen Brennereien geäußert wird, zu überwinden. Auf eine Auflage auf deutschen Schaumwein — neben der höheren Besteuerung von Tabak, Bier, Branntwein und Börse — wird man wahrscheinlich ihrer geringen finanziellen Wirkung wegen verzichten."

†† **Berlin**, 9. November. Wie wir hören, hat Oberbürgermeister Adickes-Frankfurt a/M. mit mehreren anderen Oberbürgermeistern des Westens im Herrenhause einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher bezweckt, die zwangsweise Zusammenlegung von Baublöcken oder ganzer Theile der Gemarkung behufs Durchführung festgestellter Baufluchtpläne, sowie die Enteignung der an feststehenden, aber noch nicht bebauten Straßenzügen angrenzenden Gelände behufs Herstellung bebauungsfähiger Grundstücke zu ermöglichen. Der Gesetzentwurf knüpft an die Bestimmungen des Baufluchtgesetzes vom 2. Juli 1875 an, als dessen Erweiterung und Ergänzung er sich darstellt. Auch in Bezug auf die entscheidende Stellung der Gemeinde und der derselben eingeräumten Initiative baut er auf der dort gelegten Grundlage auf im Sinne der in Hessen, Frankreich und Belgien bereits bestehenden und für Hamburg geplanten Einrichtungen. In Bezug auf das Verfahren bei der Feststellung der Zusammenlegungs-, Vertheilungs- und Enteignungspläne schließt sich der Entwurf an die bewährten Bestimmungen des oben erwähnten Gesetzes an. Es mag erwähnt werden, daß ein Zusammenlegungsverfahren der gedachten Art in der Stadt Worms in Hessen zum großen Nutzen sowohl des Gemeinwohls, wie der betheiligten Grundbesitzer durchgeführt ist, während die Einrichtung der „Zonenenteignung" in Frankreich und Belgien seit längerer Zeit besteht und sich dort gleichfalls bewährt hat. Der Gesetzesvorschlag hat eine große praktische Bedeutung für alle Städte mit zerspliittertem Grundbesitz, wie er namentlich überall im Westen und zum Theile in Hannover besteht, während für die Städte des Ostens ein gesetzliches Bedürfniß nach dieser Richtung hin noch nicht hervorgetreten ist.

— Der Kaiser gedenkt morgen Nachmittag über Berlin sich nach Königs-Wusterhausen zu begeben, um am nächsten Tage in den nahegelegenen Forstrevieren eine größere Hofjagd abzuhalten.

— Der Abgeordnete von Rauchhaupt wird sich, wie die „Kr.-Z." vernimmt, seines leidenden Gesundheitszustandes wegen in absehbarer Zeit nicht an den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses betheiligen können.

— Der deutsche Consul F. W. Müser in Brüssel hat aus Gesundheitsrücksichten sein Entlassungsgesuch eingereicht.

— Anläßlich des zur Berathung stehenden Seuchen-Gesetzes werden die Interessenten des Lumpenhandels an die Reichsregierung eine Eingabe richten, durch welche der vollständig ungehinderte Verkehr von Lumpen auch bei eintretenden Seuchen gefordert werden soll.

— Die Etats der Schutzgebiete balanciren in Einnahme und Ausgabe folgendermaßen: Der Etat für Kamerun mit 580 000 ℳ (darunter künftig wegfallend 12 200 ℳ), der Etat für Togo mit 143 000 ℳ, endlich der für das südwestafrikanische Schutzgebiet mit 273 000 ℳ. Dem Etat sind Denkschriften beigegeben, welche sich verbreiten für Kamerun über Bevölkerung, Hauptwohnplätze, Klima und Gesundheitsverhältnisse, über Production des Landes, Handel und Schifffahrt, Verkehrswesen, Verwaltung und Rechtspflege, Missionen und Schulen. In ähnlicher Weise und Denkschriften über die Entwickelung Togos und des südwestafrikanischen Schutzgebietes angefügt. Noch umfassender gestaltet sich die Denkschrift über Deutsch-Ostafrika. Diese behandelt namentlich die Grenzen, die Interessensphäre, die Verhältnisse der Schutztruppe, welche in eine Polizeitruppe und Feldtruppe zerfällt. Dann werden besonders die Ausgaben und Stationen der Feldtruppe in den verschiedenen Districten, namentlich bezüglich der Ruhe und Ordnung im Interessengebiet erläutert. Weitere Betrachtungen gelten der geologischen Beschaffenheit, der Bodenbeschaffenheit, dem Plantagenbau im Allgemeinen, den einzelnen Arbeiten, der Einführung von Kulis, den Arbeitslöhnen, den verschiedenen Elementen der Bevölkerung, den Handelsunternehmungen, der Gesundheitspflege, dem Schulwesen, der Verwaltung, der Rechtspflege u. s. w. Von der Aufstellung eines bindenden Etats ist auch für das nächste Etatsjahr noch Abstand genommen werden.

— Das Stöcker'sche „Volk" berichtet Folgendes:

„Der ehemalige Cultusminister Graf von Zedlitz-Trützschler hatte an zuständiger Stelle den Wunsch zu erkennen gegeben, eine Einladung zu den Wittenberger Feierlichkeiten zu erhalten. Wie wir vernehmen, hat man sich dort aber nicht veranlaßt gesehen, diesem Wunsche Folge zu geben."

Wir halten die Nachricht für unglaubwürdig. Man mag über den früheren Minister denken, wie man will — die Annahme, daß er sich irgendwo und irgendwie aufdrängen könnte, ist bei seiner Persönlichkeit ausgeschlossen. Dagegen dürfte es nicht gänzlich außer dem Bereich der Möglichkeit liegen, daß das „Volk" obige Nachricht, wenn auch vielleicht nicht erfunden, so doch ohne ausreichende Prüfung auf ihre Glaubwürdigkeit übernommen hat, in dem Bewußtsein oder mit dem Wunsche, wieder einmal orthodoxe Gemüther ein wenig aufregen zu können.

— Die General-Superintendenten der evangelischen Landeskirche, welche aus Anlaß des Streites um das Apostolicum zusammentreten sollten, werden, wie noch der „Kr.-Ztg." verlautet, nunmehr Mitte dieses Monats hier ihre Berathungen abhalten.

— Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht den Erlaß, welcher seitens des Cultusministers der Stadt Neiße in Sachen der Auflösung des dortigen Realgymnasiums zugegangen ist. Danach vermag der Minister den Antrag auf Auflösung nicht zu genehmigen, weil dann die Schüler, welche einmal in die Anstalt aufgenommen sind, nicht die Berechtigung erlangen können, behufs deren sie die Anstalt besucht haben. Wenn die städtische Körperschaft bei ihrem Beschluß beharren sollte, so könne die Auflösung nur in der Weise geschehen, daß zu Ostern 1893 die Sexta, ein Jahr später die Quinta und so fort aufgehoben würde. Die ohne Genehmigung des Ministers erfolgten Kündigungsschreiben an die Lehrer sollen zurückgezogen werden. Der Minister empfiehlt zu erwägen, ob die Umwandlung des Realgymnasiums in eine einfachere und weniger kostspieligere Realanstalt mit sechsjähriger Cursusdauer nicht im Interesse der Stadt liegt.

— Moritz Busch, der Verfasser von „Fürst Bismarck und seine Leute", erzählte in der „Illustrirten Zeitung", Bucher habe s. Z. die „Reichsverfassung" nach Bismarck's Intentionen binnen 24 Stunden niedergeschrieben. Wir haben diese offenbar unrichtige Mittheilung nicht wiedergegeben. Jetzt wird der „Münchener Allg. Ztg." geschrieben:

„In dieser Darstellung ist die Sache nicht correct. Es handelte sich erstlich nicht um die Reichsverfassung, sondern um die Verfassung des Norddeutschen Bundes. Savigny hatte einen Entwurf ausgearbeitet, welcher dem Kanzler nicht gefiel, weil er nicht den Gegebenheiten der politischen Lage, und namentlich nicht dem Vertrauen entsprach, welches Preußen bei seinen neuen Bundesgenossen erwerben wollte. Fürst Bismarck dictirte darauf Bucher den neuen Verfassungsentwurf in die Feder, und zwar hinter einander. Bucher mag dann vielleicht 24 Stunden lang seines „Censoramtes" gewaltet, von welchem Fürst Bismarck neulich gesprochen, und dem Entwurf die erforderliche redactionelle Form gegeben haben. Aber Bucher selbst hat die Verfassung, wie sie damals Bundesgesetz geworden und heute fast unverändert noch Reichsgesetz ist, als eigenste Arbeit Bismarck's bezeichnet.

— Prof. Förster ist aus der Vertretung der unabhängigen Studentenschaft wieder ausgeschieden und hat dabei erklärt, daß die Gesammtheit der in der letzten Versammlung empfangenen Eindrücke ihn nach reiflichster Erwägung zu diesem Schritte veranlasse, daß er aber bereit sein werde, auch weiterhin in einer freieren Form mit dem Comité zusammenzuarbeiten."

— Aus einer Zuschrift, welche der „Nat.-Ztg." aus Posen zugeht, ist zu ersehen, daß die seitherige Gestattung der Ertheilung des polnischen Sprachunterrichts durch die angestellten Lehrer in den Schulräumen an vielen Orten ein dreisteres Auftreten der polnischen Lehrer, sowie Gehässigkeit und Unduldsamkeit derselben den deutschen Collegen gegenüber zur Folge gehabt hat.

‡ **Potsdam**, 10. November. (Telegramm.) Das Kaiserpaar ist Nachts hier eingetroffen.

* **Kiel**, 9. November. Der Kaiser ist um 12¾ Uhr mit dem Geschwader aus See zurückgekehrt und mit dem Prinzen Heinrich sowie dem Admiral v. d. Goltz nach der Jensendrücke gefahren. Von da begab er sich um 1 Uhr 8 Minuten mit der Bahn nach Grünenthal zur Besichtigung der großen Canalbrücke. — Die Kaiserin kehrte heute Nachmittag 5½ Uhr von Gruenholz hierher zurück und setzte alsbald die Reise nach Neumünster fort, woselbst sie mit dem Kaiser zusammentraf. Beide Majestäten traten um 6¼ Uhr Nachmittags die Rückreise nach Potsdam an. Prinz Heinrich, welcher den Kaiser bis Neumünster begleitet hatte, ist von da nach Darmstadt abgereist.

* **Hamburg**, 9. November. In Folge des Nothstandes unter den Gewerbetreibenden beantragen 26 Mitglieder bei der Bürgerschaft, alle beschlossenen Staatsarbeiten und Lieferungen sofort in vollster Ausdehnung auszuführen. — Der Senat hat den Beschlüssen der Bürgerschaft betreffend die Feuerbestattung seine Zustimmung ertheilt, sodaß die Feuerbestattung ins Leben treten und auch für auswärtige Leichen hierselbst vollzogen werden kann.

△ **Görlitz**, 9. November. Am 7. d. Mts. fand hier eine stark besuchte Versammlung des nationalliberalen Wahlvereins statt, die den geräumigen Saal des Gewerbehauses bis auf den letzten Platz gefüllt hatte. Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Abgeordneten von Schenckendorff über den gegenwärtigen Stand der Steuerreform im Staat und Gemeinde. Redner legte in anderthalbstündigem überschlichtem, mehrfach durch statistische Daten unterstütztem Vortrag die Entwickelung unseres staatlichen und communalen Steuerwesens dar und besprach sodann die Grundzüge des ganzen Reformplans, indem er die Fragen eingehend erörterte: 1) Empfiehlt sich die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden? 2) Ist die Aufhebung der lex Huene anzustreben? und 3) Wodurch erscheint die Erhebung einer Vermögenssteuer gerechtfertigt? Im Weiteren beleuchtete er die gegen den ganzen Reformplan bis jetzt gemachten Einwände, wies auf die hohe sociale, wirthschaftliche und zugleich politische Bedeutung der weiteren Reform hin und schloß mit dem Wunsche, daß diese hochbedeutsame Reform im Interesse der Gemeinden wie des Staates zu einem gedeihlichen Abschluß kommen möge. Der Vortrag fand eine sehr beifällige Aufnahme. Derselbe war lediglich zur Information der Wählerschaft bestimmt, auch beweist sich Redner unter voller Zustimmung der Versammlung die völlig freie Entschließung über jede einzelne später zur Abstimmung kommende Frage vor. Nach einer kurzen Debatte schloß der Vorsitzende, Justizrath Sprink, die Versammlung mit einem Hoch auf den König.

* **Schweidnitz**, 9. November. Der Redacteur des „Proletariers aus dem Eulengebirge", Feldmann, wurde dem „B. T." zufolge gestern wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt.

* **Rudolstadt**, 9. November. Der außerordentliche Landtag des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt ist heute von dem Staatsminister v. Stack, welcher in einer Ansprache die Reformen der Einkommen- und Gewerbesteuer als die wichtigste Vorlage bezeichnete, eröffnet worden.

j. **Greiz**, 9. November. Das hiesige Welfenthum in partibus hat bekanntlich, wenn schon klein an Zahl, ein eigenes Organ, die „Landes-Zeitung", welche das „Leipziger Tageblatt" erst in seiner Nr. 528 in ihre Schranken zu verweisen Gelegenheit hatte. Wenn irgendwo Socialdemokraten, Ultramontane, Welfen oder sonstige zu Quertreibereien geneigte Elemente den Freunden der bestehenden Verhältnisse Schwierigkeiten zu bereiten geneigt sind, so wird man auch die „Landeszeitung" an ihrer Seite finden, die bei keiner Preßpolemik zwischen den genannten Richtungen verfehlt, ihrem Haß gegen Preußen, das Rückgrat des neuen deutschen Reiches, offen Ausdruck zu geben. So war von reichstreuen Blättern an die Thatsache, daß der deutsche Kaiser in Schönbrunn gewesen, nicht aber der Cumberländer, die Forderung geknüpft worden, das Provisorium, die Regentschaft in Braunschweig, müsse endlich beseitigt werden; ein Welfe dürfe aber nun und nimmer auf einen deutschen Thron gelangen. Und was antwortet unser Welfenblättchen darauf? Man höre und staune:

„Alle Versuche, die von den höchsten Persönlichkeiten gemacht worden sind, ihn zu einem Verzicht auf Hannover zu bewegen, scheiterten von jeher an seinem unerschütterlichen Willen. Die Geschichte wird sein hochherziges Benehmen noch einmal zu würdigen wissen. Die, welche das Recht auch in der Politik als Richtschnur anerkennen, blicken schon jetzt dankbar zu dem hohen Herrn als ihrem Vorkämpfer auf. — Man muß sich nur einmal so recht in die Lage des Herzogs von Cumberland hineindenken. Allerdings hat er ein glänzendes Einkommen. Er lebt am schönen Traunsee im Kreise seiner edlen Gattin und lieblichen Kinder. Er ist ein gern gesehener Gast am österreichischen und dänischen Hofe. Aber andererseits muß man bedenken, daß er als Erbe eines Königthrons geboren und erzogen ist. Er hat seine Kindheit und erste Jugend in Hannover verlebt. Als junger Mann wurde er mit seinem Vater aus der Heimath vertrieben und lebt seitdem in der Fremde. Kann ihn die Fremde das Vaterland ersetzen? Wird er jemals in Oesterreich sein Hannover vergessen können? Statt, daß die Zeitungsschreiber mit dem herben Geschick, unter dem der Herzog von Cumberland leidet, Mitleid haben sollten, nennen sie ihn undankbar gegen die vermeintlich reiche Gabe, welche ihm durch Herausgabe der Zinsen des Welfenfonds zu Theil geworden sei. Diese Undankbarkeit soll darin liegen, daß der Herzog trotz des mit ihm abgeschlossenen vermögensrechtlichen Vergleiches nicht auf Hannover verzichten will. Diese Auffassungsweise ist, gelinde gesagt, sonderbar. Soll der Herzog von Cumberland deshalb auf den weit wichtigeren, dem staatsrechtlichen Theil seiner Ansprüche verzichten, weil ihm ein Theil seiner vermögensrechtlichen Ansprüche endlich gewährt worden ist?"

Das nächste Ergebniß der Erwägungen, welche sich an einen derartigen Gedankengang unwillkürlich anknüpfen, ist, daß man, als man den Welfenfonds ohne bündige Erklärung auszuliefern sich entschloß, unmöglich gut berathen gewesen sein kann. Verstärkt wird dieser Eindruck noch, wenn man an anderer Stelle folgende wie eine Prophezeiung sich geberdende Sätze liest:

„Hat der Herzog von Cumberland einige laue Anhänger verloren, so sind seine wahren Anhänger in Hannover womöglich noch mehr gekräftigt. Die hannoverschen Bauern sagen sich: Ist das Geld herausgegeben, so werden die Preußen auch wohl noch mehr thun. Mit einem Worte: Die, welche etwa muthlos werden wollten — Viele waren es nicht — haben neuen Muth bekommen. Die deutschhannoversche Partei ist, wie die Gegner selbst mit Bedauern zugeben, im Zunehmen begriffen. Die Partei entwickelt eine größere Rührigkeit als seit Jahren. Der Glaube an den endlichen Sieg der guten Sache befestigt sich mehr und mehr ... Manche behaupten, daß am Gmundener Hofe, wo man genau über die Braunschweiger Verhältnisse unterrichtet ist, eventuell Bereitwilligkeit herrschte, zu Gunsten Hannovers auf Braunschweig zu verzichten. Aber man und nimmermehr dürfte der Herzog von Cumberland sein Recht auf Hannover zu Gunsten Braunschweigs aufgeben. Er wird seine Getreuen in Hannover nicht fallen lassen, ebenso wie diese jedenfalls bereit sind, den friedlichen Kampf um die Wiederherstellung eines Königreichs Hannover im Rahmen des deutschen Reichs mit ungeschwächtem Muthe fortzusetzen. Sollte soviel Treue und Beharrlichkeit unbelohnt bleiben?"

Wie die Weisen der „Landeszeitung" sich die „Wiederherstellung eines Königreiches Hannover im Rahmen des deutschen Reiches" denken, verrathen sie nicht. Mit keinem Wort ist davon die Rede, daß, wenn je irgend eine Rehabilitation des Cumberländers erfolgen sollte, allererste Voraussetzung dazu die Anerkennung der verfassungsmäßig gewährleisteten Zustände eben dieses Reiches sein müßte. Und das ist deutlich.

* **Coburg**, 8. November. Nunmehr sind auch hier die Landtagswahlen beendet; in hiesiger Stadt wurde der „M. Z." zufolge im ersten Bezirk Oberbürgermeister Muther mit allen gegen eine und im zweiten Bezirk Magistratsrath Appel einstimmig wiedergewählt.

* **Mannheim**, 8. November. Gestern fand hierselbst eine gut besuchte Versammlung der Abtheilung V des Deutschen Tabakvereins statt, um zu der schwebenden Tabaksteuer- und Steuerfrage Stellung zu nehmen. Die Versammlung nahm in Uebereinstimmung der vorhergegangenen Versammlungen von Tabakfabrikanten eine Resolution an, in welcher sie sich „Namens der Cigarren-, Cigaretten-, Rauch-, Kau- und Schnupftabak-Fabriken und Rohtabakhandlungen der Abtheilung V des Deutschen Tabakvereins, umfassend die Gebiete von Bayern, einschließlich Rheinpfalz, Württemberg, Sigmaringen, Elsaß-Lothringen und Baden gegen jede Aenderung der jetzt bestehenden Tabaksteuer- und Zollsätze ausspricht".

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 10. November. (Telegramm.) Die officiösen Blätter begrüßen die Wahl Cleveland's sympathisch. Derselbe habe den Befähigungsnachweis für die Präsidentschaft bereits 1885 bis 1888 erbracht, wo er sich als Staatsmann großen Gepräges zeigte. Cleveland's Wahl sei für Europa ein großes Ereigniß. Es bedürfe keiner weiteren Darlegungen, wie wichtig Cleveland's Wahl für Europa und vor Allem für den Handel und die währungspolitische Richtung sei. Die Folgen des neuen Courses dürften sich in Bälde erweisen. — Das klerikale „Vaterl." schreibt: Der neugewählte Olmützer Erzbischof Kohn entstammt dem alttestamentarischen Priestergeschlecht, er ist anerkannter Kanonist, gegen den Klerus streng und genoß das Vertrauen seines Vorgängers in solch hohem Grade, daß er während der mehrjährigen Krankheit des letzteren die Verwaltung der Erzdiöcese leitete. — Das antisemitische deutsche „Volksblatt" ist wegen eines Artikels, betitelt „Gottes Segen bei Kohn", worin die Olmützer Bischofswahl in sehr verletzender Weise bespöttelt wird, von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden. — Die abermals von italienischen Blättern gebrachte Ausstreuung, daß der Erzherzog Franz Ferdinand Este sich zur Feier der silbernen Hochzeit des italienischen Königspaares nach Rom begeben werde, ist ebenso gegenstandslos, wie das derselben entgegengesetzte Dementi, da der Erzherzog demnächst bekanntlich seine auf ein Jahr bemessene Weitreise antritt und schon hierdurch ein Besuch Roms im April nächsten Jahres, um welche Zeit die Feier der silbernen Hochzeit des italienischen Königspaares stattfinden wird, ausgeschlossen erscheint. — Der König und der Thronfolger von Rumänien treffen am Dienstag der nächsten Woche zu mehrtägigem Aufenthalte hier ein. Dieselben werden als Gäste des Kaisers in der Hofburg absteigen. — Der britische Botschafter Lord Paget hat einen mehrmöchigen Urlaub angetreten und begiebt sich nach London. — Der angesehene Advocat Dr. Ritter v. Rainal, dessen Clienten meist dem Hochadel angehörten, hat sich wegen begangener Unterschlagungen dem Gericht selbst gestellt.

* **Pest**, 9. November. In der heute Abend stattgehabten Conferenz der liberalen Partei begründete der bisherige Ministerpräsident Graf Szapary die Demission des Cabinets. Wie Graf Szapary ausführte, hatte die Regierung Vorlagen, betreffend die allgemeine Civilmatrikel, die Reception der Israeliten und die Religionsfreiheit, vorbereitet, welche die Zustimmung der Krone erhalten hätten. Nach Ansicht der Regierung könnten diese Institutionen ihre Sanction nur durch die Einführung der obligatorischen Civilehe erhalten, wenn die Ruhe zwischen sämmtlichen Confessionen hergestellt werden solle. Bezüglich der Civilehe habe sich jedoch die Regierung nicht für eine solche Form einigen können, die auch die Zustimmung der Krone erhalten hätte. Aus diesem Grunde habe das Cabinet seine Demission eingereicht, da es der Ansicht gewesen sei, unter solchen Umständen nicht weiter zum Wohle des Staates regieren zu können. Die Ausführungen Szapary's fanden die ungetheilte Zustimmung der Versammlung. Szapary hob ferner die Nothwendigkeit festen Zusammenhaltens der Partei hervor, worin sämmtliche Redner, darunter Koloman Tißza, ihm beipflichteten. Für morgen sind Graf Szapary, Dr. Wekerle, Koloman Tißza, der Präsident des Abgeordnetenhauses Banffy und Koloman Szell zum König berufen.

Frankreich.

* **Paris**, 9. November. Ein weiteres den Zeitungen zugegangenes Telegramm aus Portonovo besagt, die Einnahme von Kana sei die für den Feldzug entscheidende Operation. Der Eindruck dieser Nachricht werde im ganzen Lande ein tiefer sein. Die Einnahme von Abomey, das etwa 15 km von Kana entfernt liege, werde als unmittelbar bevorstehend angesehen. Die Armee der Dahomeyer, von den Fetischpriestern verlassen, sei demoralisirt. — Mit diesen optimistischen Meldungen stimmt nun freilich Nachstehendes nicht überein: Das Journal „Liberté" veröffentlicht einen mit dem Dampfer „Thibet" eingetroffenen Brief aus Kotonu, in dem es heißt, die Expeditionscolonne des Obersten Dodds sei in Folge von Verlusten und durch Krankheiten auf 1800 Mann zusammengeschmolzen. Ueberdies mache sich ein Mangel an Lebelpatronen fühlbar, weshalb die der Fremdenlegion angehörigen Mannschaften mit Grasgewehren versehen worden seien. In Portonovo befinde sich kein französischer Soldat mehr, alle Mannschaften seien der Hauptcolonne nachgeschickt worden. Unter dem Commando des Majors Andoud sei eine kleine Colonne von Großpopo aus am 6. October gegen Abomey abmarschirt. Man nehme an, daß König Behanzin jetzt über etwa 20 000 Krieger verfüge. Die Artillerie der Dahomeyer sei geschickt geleitet, wahrscheinlich von portugiesischen Mestizen. Man glaube, Behanzin werde nach dem Falle von Abomey eine Schwenkung gegen Portonovo und Kotonu versuchen.

SLUB
Wir führen Wissen.